

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

## Göttliche Weltordnung oder teuflische Unordnung?

Es ist noch nicht allzu lange her, daß wieder einmal von hoher Stelle aus im Deutschen Reich der Ausdruck gebräuchlich wurde von einer göttlichen, gottgewollten Ordnung, die der heutigen Gesellschaft zugrunde liege und deren Befestigung einen Felsblock an der Gottheit bedeute. Diese Auffassung der heutigen Weltordnung, als einer göttlichen, ist eine weit verbreitete und anscheinend tief eingewurzelte, denn aber trotzdem vor dem Richterstuhle der gesunden Vernunft und der Geschichte nicht Stand halten. Wir werden diese unsere Behauptung in kurzen Zügen begründen.

Solange die Welt steht, ist es eine Bewusstheit der herrschenden Klasse gewesen, alles das, was ihren Interessen dienlich, für Anordnungen und Einrichtungen eines höheren Wesens, das die Menschheitsgeschichte lenkte und lenkte, zu erklären. Bei den alten Indern war die Klasse der wohlhabenden Patrias von den Göttern eingerichtet, die Sklaverei bei den Griechen und Römern war von den Göttern geschaffen, der Gott der Christen hatte die Hörigkeit und Leibeigenschaft des Mittelalters ins Dasein gerufen. Auch die heutige Weltordnung ist ein Produkt der Götter. Daß in der modernen Gesellschaft eine kleine Minderzahl bevorzugter Ausbeuter auf Kosten einer unvorstellbar großen Mehrzahl von Ausgebeuteten ein herrschendes Leben führt, ist nicht etwa eine Folge der modernen kapitalistischen Produktionsweise, sondern hat seinen Grund in dem Willen eines unsichtbaren, über den Köpfen thronenden Gottes, der es in weiser Fürsorge, also zum Wohle der Menschen, eingerichtet hat. Nach Gottes unerschütterlichem Ratsschlusse muß es in der Welt Arme und Reiche geben, wie dies bekanntlich immer der Fall gewesen ist. Ist im „besseren Jenenseits“ tritt die ausgleichende Gerechtigkeit in Tätigkeit.

Wahrheit, ein wunderbar ausgeklügeltes System, das dem Götter keine Entzweiung alle Ehre macht. Leider aber können immer weitere Kreise des Volkes den Glauben daran zu verlieren, was der Dichter Nikolaus Lenau in folgenden Versen ausdrückt:

Die Menschheit ist dahinter kommen,  
Trotz aller Gaulelei der Frommen,  
Daß mit dem Leben vor dem Grabe  
Man endlich Ernst zu machen habe.  
Zerbrochen ist des Wahnes Kette,  
Die Erde sei nur Hebungsfähigkeit,  
Nur Volkstierhaut sei das Leben,  
„Aufs Kopf werd' und der Himmel heben."  
Auf freiem, grünem Erdenrunde  
Wird jeder bald schon hier, zur Stunde,  
Bevor das Grab ihn deckt mit Schollen,  
Sein Köhlein weiden, tummelein wollen.

Der der nüchternen Kritik hält dieses System mit einem „Wachsel auf die Zukunft“ schon längst keinen Stand mehr. Ein Blick in die Menschheitsgeschichte lehrt uns nämlich mit unwiderleglicher Gewißheit zweierlei, und zwar erstens: „Es hat bis jetzt keine von den herrschenden Klassen verübte Schandtat gegeben, die man nicht durch die Anweisung auf den Befehl eines Gottes zu rechtfertigen versucht hat!“ und zweitens: „Alle Einrichtungen früherer Zeiten sind inzwischen durch andere ersetzt worden; es ist also immer eine göttliche Weltordnung auf eine vorhergehende gefolgt!“ Entweder war also die einstige Ordnung der Dinge keine göttliche und ihre Lobpreisler Schwärmer oder Schwindler, oder aber das Wesen Gottes hat sich jedesmal zugleich mit der veränderten Weltordnung verändert, wobei Letzteres sich jedoch mit dem Begriff einer Gottheit nicht vereinbaren läßt.



## Verbandsmitglieder!

Die dreizehnte Generalversammlung des Zentralverbandes in Frankfurt a. M. hat uns neue Richtlinien und Wege in unsern kommenden wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung gewiesen. Sie hat einmütig beschlossen, an der bestehenden Form der Kampforganisation festzuhalten und deshalb alle Anträge auf Erweiterung der Unterstützungseinrichtung abgelehnt.

Die Generalversammlung hat damit beklundet, daß die Organisation zur Durchführung der uns bevorstehenden Kämpfe mit einem großen Fonds ausgerüstet sein muß zur Hilfeleistung für die Mitglieder, zur Durchführung der gestellten Aufgaben.

Nun liegt es an Euch, Kollegen und Kolleginnen, die Verbandstagsbeschlüsse in die Tat umzusetzen. Kein Tag darf nutzlos vorübergehen, sondern es muß die Arbeit sofort aufgenommen werden. Unterstützt die Verbandsfunktionäre in der Durchführung der Beschlüsse. Die Verwirklichung unserer Wünsche hängt von der Stärke der Organisation ab. Je früher es uns gelingen wird, alle Berufsangehörigen um das Panier der Organisation zu sammeln, um so eher besteht die Möglichkeit zur Durchführung unserer Forderungen.

Eine tüchtige Wegstrecke haben wir in der Organisation zurückgelegt und manch herrlichen Erfolg dabei errungen. Groß ist aber die Zahl aller derjenigen, welche noch nicht den Wert und Nutzen ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung eingesehen haben. Alle diese unsere Mitarbeiter müssen wir noch für die Organisation gewinnen. Sie leiden wie wir unter den kapitalistischen Ausbeutungsmaximen, sie fühlen wie wir die Bedrückung und Ungerechtigkeit.

Geht hin zu den uns noch fernstehenden Arbeitsbrüdern und -schwestern und klärt sie auf über den Zweck und die Bestrebungen der Organisation, dann sind wir durch die Macht des Zentralverbandes imstande, alle unsere Wünsche verwirklichen zu können, und die Scharfmacherpläne werden an dem festgefügten Bollwerk abprallen müssen!

## Uns Wert zur Vollendung unserer Aufgaben!



Nicht mit Unrecht hat man die Weltgeschichte mit einem Strome von Blut und Tränen verglichen; Hunderttausende von Opfern des Jermwahn treiben in dem Flußbette und am Ufer stehen die ungezählten Leichensteine derer, die im Namen der Gottheit, zur Schande der Menschheit, hingerichtet worden sind. Und wo erblickt man auf den Blättern der Geschichte das Walten einer weisen Vorsehung, oder in dem wirren Durcheinander des Völkergetriebes die ordnende Hand eines allgütigen Gottes?

Was sie Weltgeschichte nennen,  
Ist ein wüß-verworr'ner Knäuel,  
Lift und Lug, Gewalt und Schwäche,  
Feigheit, Dummheit, Pöhn und Grauel.  
Weise Tugend schmeigt und trauert;  
Will sie reden, will sie klagen,  
Wandert sie in Herbergrüfte  
Oder wird ans Kreuz geschlagen.

Das ist immer noch der Welt Lauf gewesen bis heute; immer noch, solange die Welt steht, haben die Großen die Kleinen gequält, immer noch hat die Gewalt über das Recht triumphiert — nur in Romanen und auf dem Theater macht sich die menschliche Phantasie das kindliche Vergnügen, die Tugend auf den Thron zu setzen und das Lafter der Verurteilung auszuliefern. In Wirklichkeit hat Brutalität das Jeyer geschwungen und mit beispielloser Grausamkeit sind die Gewalthaber zu Werke gegangen. Und dabei haben sie sich stets als Stellvertreter der Gottheit aufgespielt, deren Befehle sie vollziehen mußten. Es würde ein interessantes Buch werden, wenn man all die Grauelthaten aufzählen wollte, die von den Herrern der Welt unter Berufung auf die Gottheit verübt worden sind. Bibel und Koran, Araber- und Profangeschichte bieten Beispiele in Hülle und Fülle von Verbrechen, die ad majorem dei gloriam (zur größeren Ehre Gottes) ausgeführt worden sind.

Wenn Josua die gefangenen Könige der Ammoniter, die ihr Vaterland gegen die jüdischen Eindringlinge verteidigten, in geradezu bestialischer Weise hingschlachtet, indem er ihnen die Kehle abtreiben läßt, so tut er dies auf Geheiß Jehovas; wenn die Athener dem weissen Sokrates den Giftbecher reichen, so leitet sie hierbei die Fürsorge für ihre beleidigten Götter; wenn Mohammed und seine Nachfolger den Orient mit Feuer und Schwert verwüsten, so treibt sie das Bewußtsein, Allah dadurch zu dienen; der Junne Atila mit seinen schlagkräftigen Jorden nennt sich „Bogegisel“, Gottes Geißel, weil er als Judicrate Gottes die Verwüstung in die Lande trägt; die frommen Kreuzfahrer haben sich unter dem Ausruf: „Gott will es! Gott will es!“ ihren Weg durch brennende Dörfer und verheerete Landschaften zum Grabe des Erlösers, und die christlich-katholischen Spanier verübten in Amerika die argsten Grausamkeiten gegen die wehrlosen Indianer, um ihnen das Christentum, die Religion der Liebe, zu bringen. Unter der Devise „Gott hat es befohlen!“ haben Tausende von Scheiterbänken geklammert, sind Tausende von Kerkern gefüllt und hingerichtet worden, unter der Fahne des Kreuzes haben fanatische Dorden in Südfrankreich gegen ihre eigenen Landesleute, die Albigenser, gewütert wie wilde Verrien. Zum Schutze der „göttlichen Weltordnung“ sind Tausende von Tannern niedergemacht worden wie tolle Hunde, und noch zur Zeit der Kommune hat im Namen dieser selben Ordnung in Paris die Ordnungsbewahrende Weiber und Kinder abgeschlachtet. Wahrscheinlich, ein Menschenfreund möchte keine Anzahl all dieser Szenen sein Anblick verdrücken, trauernd und weinend! Und all diese Menschheitschänder bereiten sich jeder auf seine spezielle Gottheit. Es gehört entweder eine schier ungläubliche Verblendung oder eine tolle Denkelei dazu, in solchen Grauelthaten „den Finger Gottes“, das Walten einer göttlichen Vorsehung erblicken zu wollen, weshalb man alle Unbilden des Geschehens mit Ergebung als göttliche Schickung hinnehmen müsse.



Die Genossenschaftsarbeiter und ihr Reichstarif.

Den Verhandlungen des Verbandstages ging am 31. Mai eine Konferenz derjenigen Delegierten voraus, die in Genossenschaftsbetrieben arbeiten. Allmann gab ein- gangs bekannt, daß außer den Delegierten aus Genossenschaftsbetrieben die Angehörigen der Organisation und auch besondere Delegierte der Genossenschaftsarbeiter zugelassen sind. Die Konferenz sei einberufen, um die Frage, ob Reichs- oder Bezirksstarif, zu klären, damit der Verbandstag sich nicht allzulange damit zu beschäftigen habe. Weiter sollte über die Gestaltung der Anträge zum Tarif eine Aussprache stattfinden. Daß der laufende Tarif zu kündigen sei, unter- liege keinem Zweifel.

Zur Schließung der Konferenz wurde Allmann jenseitig aufbauend, zur Führung der Rednerliste Lammertmann, Kärnera, gewählt. Allmann forderte dann an, daß sich zunächst die Gegner des Reichstarifs zum Wort melden sollten.

Grube-Eberfeld folgte zuerst der Aufforderung und führte im wesentlichen aus:

Dem Rheinland-Bezirk sei zuerst im Vorjahre gegen den Reichstarif gegendert habe, so war nicht beabsichtigt, mit dem Verbandsvorstand in Konflikt zu kommen. Aber gegen den Reichstarif werden sich heute auch noch andere Organisationen, und selbst das Reichsnährliche Amt erkenne den Wert von Bezirksstarifen an. Trotzdem ist es schwer, gegen die erprobte Führung der Organisation zu opponieren. Aber das ist die Sorge des Verbandsvorstandes gegen die Dementen ist auch nicht zu redigieren. Man stelle sich in Rheinland-Bezirk zuletzt selber auf den Standpunkt, nicht unbedingt am Reichstarif festzuhalten, doch müsse wenigstens in den Bezirken zu den Tarifvorstellungen Stellung genommen werden können. — Wenn dann ein Reichstarif abgeschlossen werden sollte, so würden mindestens die Wünsche der Bezirke mehr zur Geltung kommen. Auch das Tarifamt arbeite er zu über- zeugend. Er führte dazu einige nach seiner Meinung zu- treffende Beispiele an. Dieses Amt müsse aber zusammen- treten, vielleicht empfehlen sich auch Bezirksstarifämter.

Altena-Vieland: Die Tarifform wäre ihnen gleich- gültig; es kam den Kollegen Rheinland-Bezirks nur auf den Inhalt an. Die Genossenschaften legen höhere Forderungen, als im Tarif vorgesehen, heute gegen den Reichstarif entgegen. Besonders bei den Ortsgruppen sind bei dem letzten Schritt die Kollegen vielfach nicht zugekommen. Der Tarif ist für das Rheinland ganz ungenügend und würde sich schon noch über viel mehr über- schreiten werden. Dann gäbe es aber ein immerfort Ver- bindungen und Schwächen zu überwinden. Die kleinen Vereine hätten heute dem Reichstarif gleichfalls nicht, weil sie noch nicht im Stande sind. Die weiteren Ausführungen des Redners haben sich mit denen des Vorredners und er verzichtete dabei auf größere Mitbestimmungsrecht der Ge- nossenschaftsarbeiter.

Schwarzloos-Bremen will nachbringen, was ihm seine Handlungen mit dem Tag gegeben haben in Be- zug auf die einzelnen Kommunen des Reichs. Da dies nicht verhandelt werden soll, wird er zunächst auf Wort verzichten.

Barthels-Hamburg erklärt, daß die Genossenschaftsarbeiter auf dem Boden des Reichstarifs stehen und nur besondere Wünsche erfüllt sehen möchten.

Zabel-Bremen erklärt, daß es schon viele Kollegen nicht verstanden, daß der Verbandsvorstand so gegen den Reichstarif eingestellt habe. Auch in Thüringen kann man die Kollegen mit dem Reichstarif nicht mehr auskommen. Er vertritt es allerdings, daß die Verhandlungen sich wieder für den Reichstarif entscheiden. Er stimmt bereits für den Reichstarif. Der Reichstarif würde aber auch eine neue Einheit bilden, was heute noch nicht ist. Er erklärt, daß der Reichstarif eine gleichmäßigere

Gestaltung der Sache. Zabel geht dann noch auf die Ver- hältnisse in Bremerhaven näher ein und wünscht wieder- holt, daß der Tarif eine andere Gestalt bekomme.

Niedel-Freiburg i. Br. findet es verständlich, daß solche Kollegen, die heute durch einen Reichstarif nicht mehr viel erhoffen können, für den Reichstarif eintreten. In den kleineren Genossenschaften, wo der heutige Tarif noch nicht einmal durchgeführt ist, sei man anderer Meinung. Dort würde man bei Bezirksstarifen noch viel schlechter fahren, da die Verwaltungen durchaus nicht alle arbeiter- freundlich seien. Verbesserungsbedürftig wäre natürlich der jetzige Tarif, aber dafür solle er doch auch gelündigt werden. Vor allem müsse der Zentralverband der Konsumvereine jedoch dahin wirken, daß alle Vereine den Tarif an- erkennen. Das Tarifamt arbeite freilich viel zu langsam, vielleicht empfehlen sich Bezirksstarifämter mit einem Reichstarifamt als Spitze.

Werner-Gießen tritt für den Reichstarif ein; denn wenn wir Bezirksstarife hätten und es wären Kollegen von den Großstädten nach den Kleinstädten, so würden sie selbst geschädigt werden. Der Reichstarif habe früher tat- sächlich allen Kollegen Vorteile gebracht. Ueber das Tarif- amt habe er keine Erfahrung. Der Tarif solle aber nur mit Ortsgruppenlagen von mindestens 10 v. H. rechnen, auch die Grundlöhne müssten für alle Städte gleich sein.

Oberbauer-München: Ein neuer Reichstarif werde nicht schaden, dagegen könnten es die Bezirksstarife. Man habe zwar in München mit dem Reichstarif anfangs auch schlechte Erfahrungen gemacht. Redner tritt weiter dafür ein, daß den Kollegen ein größeres Mitbestimmungs- recht eingeräumt wird.

Sigler-Dorlmund verteidigt zunächst den Reichs- tarif und bemängelt, daß der Hauptvorstand noch keine Vor- lage gemacht habe. Auch er wünscht verstärkten Einfluß der Kollegen. Die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken seien so verschieden, daß keine Zentralstarifung den Tarif abschließen könne.

Ein Schlußantrag von Barthels-Hamburg stellt sich zunächst, nachdem Allmann sich dagegen gegen- über hatte.

Haberlorn-Goslar stellt voraus, daß die bisherige Debatte im geistigen Fortschritt der Reichstarife während keine Vorteile bringen; daß Lohnsteigerungen einreden müßten, darüber seien sich doch die Vertreter beider Richtungen einig. In weiteren Ansichten Redner aber auch Bezirksstarif- ämter. In den Verhandlungen über die Gestaltung des Reichs solle zunächst die Frage der Zentralstarifung des Reichs delegiert werden.

Kahl vom Verbandsvorstand: Eine Frage ist noch nicht im Bereiche gegeben, nämlich, ob die Gegenseite mit einer Delegation einverstanden ist. Alles laufe nun auf eine solche hinaus. Redner läßt dann die ganze bisherige Tarifbewegung etwas herum passieren, und zeigt, daß eine Lösung für Durchföhrung sich ergabere ist, indem die Zentralverwaltung der Genossenschaft- arbeiter energisch für die Tarifunterstützung eintritt. Denn Reichstarif eingeführt werden, würden wir wieder von vorn anfangen und werden auf in der Regel der An- erkennung des Arbeitnehmers auf dem Genossenschafts- tag in Mainz in der Tarif überhand nur unter größtem Widerstand eines Teiles der Genossenschaftlichen zustande gekommen. Wenn der Reichstarif abgeschlossen wird, würden viele Genossenschaften nicht sein, eine Vereinbarung zu- nächst überhaupt los zu werden. Ein mögliches Mit- bestimmungsrecht bei dem Abschluß des neuen Reichs würde den Kollegen schaden werden — es zu ihrer eigenen Ge- nussung, sei sehr unbedenklich.

Freidrich-Grimm: Mit dem gewerkschaftlichen Wahlrecht habe man wieder in Thüringen für die Kolle- gen nicht viel erreicht. Die Thüringischen Vereine geben vielfach heute noch nur auf das Drängen ihrer Zentralleitung auf Anerkennung des Reichs ein. Für die Thüringer Kollegen ist die Frage eines Reichs- tarifs gar nicht diskutabel. Denn auch die Säone war noch

niedrig, aber in den Verwaltungen der Genossenschaften jägen mitunter auch Leute, die noch weniger verdienen als die Wäcker.

Nachdem die Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt wor- den war, empfiehlt Krause-Magdeburg im Namen sei- ner Mandatgeber den Reichstarif, da man aus Solidarität auch für die Interessen der Kollegen in den kleinen Ge- nossenschaften eintreten müsse.

Diehl-Hamburg erklärt, daß entgegen einer Anzei- gung Barthels man dort die heutige Zusammenkunft nicht als Reichskonferenz betrachte, sondern eine solche noch fordern. Weiter würde auch er es für besser gehalten haben, wenn der Verbandsvorstand schon eine Vorlage her- ausgebracht hätte.

Dankes vom Verbandsvorstand wendet sich gegen die Behauptungen, daß das Tarifamt schlecht gearbeitet habe. Die Beschlüsse des Reichs seien, und die Beschlüsse von Bezirksstarifämtern würden viel schlechter aus- fallen. Er geht näher auf die bisherigen Entscheidungen ein.

Nachdem die weiteren Redner Zimmerhadel, Braunschweig, Böckel-Harburg und Dieflander, Berlin, noch für den Reichstarif plädiert haben, wird Schluß der Debatte angenommen.

Allmann reaktivierte hierauf das Ergebnis und wies zuerst den Vorwurf der Kollegen aus Rheinland-Bezirk gegen den Ten eines Vorstandspräsidenten zurück. Wie es in den Wald hineinschalle, so schalle es wieder heraus. In dortigen Konsumgenossenschaftsarbeitern hätte einmal die Wahrheit gesagt werden müssen. Er ging dann weiter auf die Errungenschaften, die durch den Tarif seit 1907 her- vorgebracht worden sind, ein. Der diesen Erfolgen gegenüber bedauere, es sei nicht erreicht worden, sage die Unruhe, hat. Man müsse aber verlangen, daß die Kollegen in den Großstädten auch innerlich Solidarität mit den andern durch Zahlung eines Reichstarifs haben. Auch sei es un- wahr, daß das Reichstarifamt ungünstig gearbeitet habe. Das Amt wäre das beste mit am Reichstarif. Im großen und ganzen müßten wir die Genossenschaften als ein Ziel der Genossenschaftsbewegung betrachten und im Interesse der Allgemeinheit mit ihnen möglichst in Frieden leben. Entschieden zurückzuweisen sei der Vorwurf, die Vorlage hätte früher vom Verbandsvorstand veröffentlicht werden können. Die Verhandlungen mit andern Ämtern hätten dies nicht zugegeben, und wenn die Genossenschafts- arbeiter nicht jetzt schon so unermüdlich gedrängt hätten, so wäre nunmehr noch lange Zeit, in welcher die Verhandlungen einzutreten. Der Verbandsvorstand werde jetzt aber in Generalversammlung vorschlagen, daß zu den genauen Verhandlungen aus jedem Gau ein Vertreter der Genossenschaftsarbeiter selbst hinzuzugesetzt sei. Man solle die Vertreter hier vorschlagen, damit sie dann vom Verbands- tage bestätigt werden könnten.

Nach persönlichen Bemerkungen von Altena, Lante und Grube erklärte sich die Konferenz einstimmig für den Reichstarif. Mit einer fünfjährigen Territordauer war die Reichheit auch einverstanden, wenn während der Territordauer die geforderten weiteren Verbesserungen eintraten. Ferner stimmte die Kon- ferenz ohne Widerspruch dem Vorschlage zu, daß zu den weiteren Verhandlungen über den Tarif mit den Ter- ritorern der Genossenschaften aus jedem Gau je ein Ge- nossenschaftsarbeiter hinzugesetzt werden soll. Gewünscht wurde aber, daß dem ausgedehnten Gau Süddeutsche- land zwei Vertreter zugeordnet werden. (Der Verbandstag wird beauftragt dem Wünsche Rechnung zu tragen.)

In der Schlußansprache begründete Kahl dann die Vorlage des Verbandsvorstandes ausführlich und erwartete, daß sie ohne große Nachteile angenommen werde, da sie den Wünschen der Arbeiter weit entgegenkomme. Er habe die Verlangen, daß wir nur erst über die ganze Sache hinweg wären und den neuen Tarif auch in dieser Gestalt in der Tat durch hätten. Dann geht er auf die Art und Weise ein, wie von verschiedener Seite die Wünsche der betreffen-

Die Kunst ruft nach Brot.

Der die typische Schattenspiele des Kunsthandwerks... (The text continues with a detailed discussion on the economic challenges of the arts and crafts sector, including the impact of industrialization and the need for social support.)

Das ist ein... (The text discusses the role of unions and social organizations in supporting artists and craftsmen, emphasizing the need for collective action and mutual aid.)

Nachdem die... (The text concludes with reflections on the broader social and economic context of the arts and crafts sector, highlighting the importance of fair wages and working conditions.)











Wischnöski, welcher in einer von der Innung einberufenen Volksversammlung den gänglichen Verfahren der Innungskassen wieder aus dem Rechte herausheben sollte. Auch dieses war vorgeblieben. Diese im „Europäischen Hof“ tagende Versammlung war sehr stark besucht, größtenteils Arbeiter mit ihren Frauen, aber auch einige Bäckermeister. Wir verlangten vor Eintritt in die Tagesordnung freie Diskussion, welche uns auch vom Obermeister als Leiter der Versammlung zugesagt wurde. Als aber Wischnöski bereits über zwei Stunden gesprochen hatte und er die Absicht zeigte, durch eine Dauerrede die zugesagte Diskussion zu verhindern, verlangte das Publikum sofortige freie Aussprache. Da hierauf der Vorsitzende erklärte, daß es keine Diskussion gäbe, war es nur zu berechtigt, daß die Versammlung von Redner ebenfalls nicht mehr zum Worte kommen ließ. Ein Bäckermeister namens Grünner zeigte hierauf dem Publikum, wie kleine Kinder es tun, die Junge: dann holte er polizeiliche Hilfe. Der Nachtmeister, der bald erschien, gab der Innungshelden den guten Rat, die Versammlung zu schließen. Da es uns also nicht möglich war, Wischnöski gehörig heranzuleuchten, so wurde bekanntgegeben, daß am folgenden Freitag in einer öffentlichen Volksversammlung mit Wischnöski gründlich abgerechnet werden sollte. In dieser Versammlung war die Innung und Wischnöski besonders eingeladen und bedroht. Es wurde für jedermann zugesagt. Unser Referent war Kollege Winger und die Versammlung gestaltete sich zu einer großen Empörungsbewegung der Göttinger Arbeiterschaft für den Kampf unserer Kollegen. Die eingeladenen Innungshelfer waren natürlich feige Weise nicht erschienen. Einstimmig wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die heute im „Europäischen Hof“ tagende überfüllte öffentliche Volksversammlung spricht den streifenden Bäckergehilfen ihre vollste Sympathie aus. Sie verpicht, die Streifenden in ihrem Kampfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, erklärt sich aber auch gleichzeitig bereit, ihrerseits an einer Beilegung der Lohnbewegung mitzuwirken. Sie beauftragt daher den Vorstand des Gewerkschaftsrates, als Vertreter der Göttinger organisierten Arbeiterschaft, mit dem Vorstand der Innung behufs Einigung in Verbindung zu treten. Sollte auch dies scheitern, so wird die Göttinger Arbeiterschaft den Kampf energisch weiterführen.“

Die Arbeiterschaft steht also voll und ganz hinter unsem Forderungen und das gibt uns die Gewißheit, daß wir durch Beharrlichkeit auch in Götting zu unsern Zielen kommen werden. Jede weitere Bewegung wird uns ihm näher bringen. Am 2. Juni hielten noch 36 Meister mit 33 Gehilfen die Bewilligungen aufrecht. Am Streik waren nach 18 Kollegen beteiligt. Natürlich glaubt auch die Polizei, den Bäckermeistern zur Hilfe kommen zu müssen; denn sie verjagt die Streikposten, macht Hausdurchsuchungen im Bureau usw.

In Benzig (Oberlausitz) sowie Woyß wird der Kampf jedenfalls auch schärfere Formen annehmen. Im ganzen also scheint der Kampf, den wir bald erledigt glauben, in ernster Form auf allen Linien zu entbrennen.



**Korrespondenzen.**

(Berichte von Versammlungen finden unter Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstempel versehen und vom Vorsitzenden gegengezeichnet sein.)

**Bäcker.**

**Amberg.** Am 8. Juni fand hier Mitgliederversammlung statt. In der Kollege Gahner über den Verbandsstag berichtete. Seinen Ausführungen wurde beigezogen. Begrüßt wurden die halbjährigen Streitbeiträge, durch welche es möglich werden wird, außerordentliche Mittel für unsere Kämpfe bereitzustellen zu können. In einer örtlichen Angelegenheit konnte leider kein Resultat erzielt werden, da die maßgebenden Kollegen nicht erschienen waren. Von allen Kollegen wurde jedoch einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß sie nach wie vor es für ihre Pflicht halten, den Verband in dieser Sache nicht in Mitleidenschaft zu ziehen, um einen Schaden der Volksgemeinschaft zu verhindern.

**Breslau.** Der Gesellenausschuß im Dienste des gelben Bundes. Der hiesige Gesellenausschuß vertrat am 10. Mai wieder einmal, im Interesse der Bäckermeister die Gründung des gelben Streikbundes vor sich gehen zu lassen, indem er eine große öffentliche Bäckerversammlung einberief. Die Gesellenrechtsvertreter hatten aber die Rechnung ohne die Verbandsleitung gemacht. Da die strikte Parole herausgegeben worden, an dieser Versammlung nicht teilzunehmen, und somit war der Besuch auch ein recht kläglicher. Als das Gesellenausschußmitglied nach langem Warten endlich die Versammlung betrat, sah er einige gelbe Junglinge eine kurze Zeit die Anwesenden mit drüben Jeng gelangweilt hatten, ergreift Kollege durch das Wort und legte klar und deutlich den Wert und Nutzen unserer Organisation dar. Nur diese allein habe die Macht und Kraft, die Breslauer Bäckergehilfen einer besseren Zukunft entgegenzuführen. In seinen weiteren Ausführungen erwähnte er die Anwesenden, sich unter keinen Umständen dem gelben Bunde in die Arme zu werfen und nicht zum Verlierer zu werden an den Kollegen, die sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen wollen. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. So ist nun die gelbe Gesellschaft wieder um eine Blamage reicher, und wir rufen den Breslauer Kollegen zu: Wendet diesem lauberen Gesellenausschuß, welcher immer wieder versucht, die Bäckergehilfen noch tiefer in das Elend hinabzuführen, den Rücken! Öffentlich werden die Kollegen den Gesellenrechtsvertretern die richtige Qualifikation bei der diesjährigen Wahlen geben.

**Hannover.** 184 Tage ohne Lohn! Daß es unter den Bäckermeistern gar wunderliche Leute gibt, ist eine allbekannte Tatsache. Zu einer ganz besonderen Spezies

gehört jedoch der Meister Sander aus Nidlingen. Dieses kam in einer Gewerbegerichtsverhandlung vor kurzem zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Weil diesen Herrn in den ersten Tagen des Jahres ein auf der Bärherberge befindlicher etwas schwächlicher Bäckergehilfe so furchtbar dauerte, nahm er diesen aus purer Barmherzigkeit zu sich, um ihn erst einmal wieder zu Kräften und in Schuß kommen zu lassen. In seinem neuen Wirkungskreis arbeitete der Kollege nun zur Zufriedenheit seines Arbeitgebers zwölf Wochen und vier Tage. Lohn gab es nicht, nur ab und zu ein Trinkgeld, jedoch betrug die riesige Summe dieses Trinkgeldes während dieser ganzen Zeit sage und schreibe M. 2,50. Doch dies war nicht alles. Der Wahrheit die Ehre! Der Kollege erhielt auch noch ein neues Hemd gekauft — es soll M. 1,75 gekostet haben. Außerdem erhielt er eine abgelegte Hose und einen einst neu gemessenen hochmodernen Rock des Herrn Bäckermeisters. Sein Schlafsalon war hochmodern eingerichtet, wie es so bei einem Bäckergehilfen üblich ist, nur war zu bedauern, daß das Bettenmachen so oft vergessen wurde. Als nun nach mehreren Wochen der Kollege einmal etwas Geld haben wollte, bekam er wieder ein Trinkgeld. Jedoch wurde Meister Sander ungemütlicher. Sogar Schläge wurden in der Folgezeit dem Kollegen angedroht, der sich dann auch jedesmal, da er etwas furchtbar war, einschüchtern ließ. Doch der Krieg geht so lange zum Brannen, bis er bricht. So ging es auch hier. Als der Kollege wieder Geld verlangte, wurde ihm aufgegeben, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen. Man kam der Kollege, der nicht organisiert war, auf Veranlassung eines andern Kollegen aufs Verbandsbureau. Dort erzählte er seine Erlebnisse bei Meister Sander und bat, die Angelegenheit für ihn zu führen, da er verreisen wolle. Kollege Ostermann leitete dann die Klage beim Gewerbegericht ein. Dort wurde das düstere Gemälde von der Erlebnissen eines armen Bäckergehilfen aufgerollt. Der Meister machte geltend, daß er den Gesellen nur aus reiner Barmherzigkeit, weil es ihm so schlecht gegangen, aufgenommen habe. Aber Ostermann wies nach, daß der Kollege täglich bis zu 15 Stunden ununterbrochen habe arbeiten

**Der Quartalsabschluss steht vor der Tür! Wer mit Beiträgen im Rückstande ist, bringe sein Mitgliedsbuch so fort in Ordnung. Zum Quartalsabschluss dürfen die Kassierer keine Restanten haben!**

müssen, einen andern Gesellen also voll erzieht habe, ohne einen Pfennig Lohn bekommen zu haben. Der Meister erklärte, er habe ausdrücklich mit dem Gesellen ausgemacht, daß er keinen Lohn bekomme. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Gewerbeordnung derartige Verträge überhaupt unzulässig seien, weil der Arbeitgeber die Unwissenheit und Beschränktheit seines Angestellten nicht zu seinem Vorteile auszunutzen dürfe, um den Beschäftigten zu benachteiligen. Einen Vergleich lehnte der Meister ab.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen Ostermanns an und verurteilte Sander zu einer an den Kollegen zu zahlenden Summe von M. 80. — Liebe jeder die richtige Lehre aus dieser Gewerbegerichtsverhandlung! Überall dort, wo die Kollegen nicht organisiert sind, da blüht der Weizen unserer Meister; dort werden sie ausgenutzt nach allen Regeln der Kunst. Kein Mittel ist zu scheitern, um Profit aus der Unkenntnis und Unterwürfigkeit unserer Kollegen herauszuholen. Wo die Kollegen aufgeklärt sind, kommen derartige Fälle nicht mehr vor. Kollegen, die nächsten Wochen sollen auch hier in Hannover andere Verhältnisse schaffen! Werdet Mitglieder des Zentralverbandes! Ginein in die vordersten Reihen! Kämpft mit zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen!

**Markredwin.** In der Mitgliederversammlung am 8. Juni wurden Georg Lechner als Schriftführer, st. Hartig als Kartelldelegierter, Harris als dessen Stellvertreter, Huber und Bischerer als Revisoren gewählt. Ueber den Verbandstag berichtete dann Kollege M. Ott in ausführlicher Weise und ging unter anderem besonders auf die Verhandlungen über die Markstafel ein, der die Markredwinger Kollegen sehr sympathisch gegenüberstehen. Auch verpichtete sie, in der Agitation eifrig mitzuwirken, damit der Verband in den nächstgelegenen Städtchen der Gegend von der Oberlausitz bald mehr Fuß gewinnen möge. Einem Antrage, das Betriebsversammlungen öfter einberufen werden sollen, wurde zugestimmt.

**Fabrikbrande.**

**Görlitz.** (Gründung eines gelben Werkvereins.) Die Firma Matthe & Sydow hat sich anlässlich des Bäckereistreiks gemühtig gefühlt, zur Gründung eines gelben Arbeitervereins zu schreiben. Am 11. Juni fand zu diesem Zwecke eine Versammlung statt, in der die Arbeiter und Arbeiterinnen schriftlich den Beitritt erklären mußten. Wer nicht eintritt, wird entlassen. Ob damit die Arbeiterschaft, die den größten Teil der Abnehmer dieser Firma bildet, einverstanden ist, bleibt abzuwarten. Wir glauben kaum, daß die Arbeiterschaft noch weiter wie zuvor einer Firma ihre Prochen bürschaffen wird, wenn sie erfährt, wie dort ihre Arbeitsgenossen in unerhörter Weise geknebelt werden. Der Firma Matthe & Sydow wird vielleicht der Standpunkt klar gemacht werden, daß sie nicht dazu berufen ist, ihren Arbeitern in solcher Weise das Koalitionsrecht zu beschneiden.

**Seefahrende.**

**Nochmals eine Warnung an unsere jüngeren Mitglieder, die Reingung haben, zur See zu fahren.**  
Bereits vor Jahresfrist wurden unsere Mitglieder im Zustande an dieser Stelle gewarnt, sich nach den Katastrophen zu beggeben, bevor sie sich nicht erst dort bei der Sektionsleitung der seefahrenden Bäcker und Konditoren im Verbandsbureau erkundigt hätten, wie und wo sie eine „Schanz“

(Stelle) an Bord eines Schiffes erhalten könnten. Da in letzter Zeit nach Zeitungsberichten doch wieder Fälle vorkommen, daß eine Reihe von Kollegen verschiedenen Stellen-schwindlern in die Hände geraten sind, so erneuern wir die Warnung. Man hat den Kollegen die ganze Barschaft abgeloct und sie dann, ohne daß sie überhaupt dort angemustert waren, auf einem beliebigen Schiffe verjetzt. Beim späteren Auffinden wurden sie den Gerichten überliefert und nach mit einigen Wochen Gefängnis bestraft. Wir müssen also die interessierten Kollegen nochmals eindringlich darauf hinweisen, daß die Sektionsleitung der seefahrenden Bäcker und Konditoren auch fernerhin jederzeit bereit ist, fahrenden Mitgliedern des Verbandes genaue Auskunft darüber zu erteilen, was für Papiere sie aufzuweisen haben und wo sie sich einschreiben lassen müssen. Es muß hier vor allem noch erwähnt werden, daß nur jüngere, vollständig gesunde Leute berücksichtigt werden, die durchweg erst zum Küchendienst an Bord als Kochsmaat verwendet werden. Später avancieren sie zum Kochsmaatbäcker, dann zum zweiten Bäcker und nach langer, langer Zeit zum ersten Bäcker. Jeder Kollege, der wegen Stellung an Bord eine Hafenstadt aufsucht, tut gut, genügend Bargmittel mitzunehmen, weil er hier, auch wenn er schon eingeschrieben ist, oft wochenlang auf Anmusterung warten muß. Möge dieser Warnung also Folge gegeben werden, damit die Kollegen nicht gewissenlosen Landhauen zum Opfer fallen. Man richte stets erst briefliche Anfrage um nähere Auskunft an das Verbandsbureau in Hamburg, Beienbinderhof 57. Dann wird baldigt von der Sektionsleitung der Seefahrenden, dem Kollegen Karl Schürze, Antwort erteilt.

**Aus Unternehmerkreisen.  
Bäcker.**

**Seh'n Sie, das ist ein Geschäft.** Der unsern Lesern wohlbekannte Hamburger Obermeister Blindmann kann allen jenen, die noch daran zweifeln, daß das Handwerk einen goldenen Boden hat, den Beweis hierfür erbringen. Vor sechs Jahren kaufte er von dem Bäckermeister Johannsen, Große Bleichen 7, ein Grundstück mit der darin betriebenen renommierten Bäckerei zu einem Kaufpreise von M. 500 000, wobei allein der Wert des Geschäftes auf M. 200 000 angenommen wurde. Im Kaufvertrag war die Klausel vorgesehen, die den Käufer verpflichtete, in Hamburg, Altona, Bandsbaf und der nächsten Umgebung keine Bäckerei oder Konditorei wieder zu betreiben oder betreiben zu lassen, noch sich bei einem in ähnlicher Weise betriebenen Geschäft zu beteiligen, falls und solange in dem verkauften Grundstück eine Bäckerei und Konditorei betrieben wird. Verfüßt der Verkäufer gegen diese Bestimmungen, so soll er an Blindmann zahlen. Trotz dieser Bedingungen kaufte Johannsen ein Grundstück in der Nähe um dort eine moderne Bäckereianlage nach Wiener Muster zu errichten. Die Angelegenheit kam vor der Zivilkammer des Landgerichts zu Hamburg zum Austrag, wobei Blindmann gegen Johannsen eine einstweilige Verfügung erwirkte, nach welcher dieser bei Strafandrohung bis zu M. 1500 den Betrieb der Bäckerei unterlassen soll. Vor dem Gericht erklärte Johannsen zu seiner Rechtfertigung: Mit dem Verkauf seiner Bäckerei weit unter dem eigentlichen Wert, habe es sich um einen großen Freundschaftsdienst an seinem langjährigen Freund D. S. D. Blindmann gehandelt. Damals sei er gesundheitlich völlig zusammengebrochen gewesen und habe nicht geglaubt, wieder ein Geschäft führen zu können. Nun sei er aber wieder hergestellt und ein längeres Mühsiggehen würde seiner Gesundheit Schaden tun. Sein Versuch, sich mit Blindmann zu einigen, sei fehlgeschlagen. Nach längerer Verhandlung der Parteien kam der Vergleich zustande, daß Johannsen an Blindmann M. 140 000 zahlte und dafür der betreffende Paragraph aus dem Kaufvertrag gestrichen wird.

Blindmann hat ein großartiges Geschäft gemacht. Das vor sechs Jahren gekaufte gutgehende Geschäft kostete ihn nach M. 60 000, ein Pfennigling, wenn man in Betracht zieht, daß die tägliche Einnahme im Laden sich um M. 80 bis 100 vermehrt hat. Ueber den Umstand, daß die Freundschaft mit Johannsen in die Brüche ging, wird sich wohl der Hamburger Innungsführer keine grauen Haare wachsen lassen. M. 140 000 sind kein Pappenstiel, dafür kann man schon einen Freund entbehren. Der Prozeß hat aber vor allem recht deutlich bewiesen, daß das Bäckergewerbe seinen goldenen Boden noch hat.

**Aus gewerkschaftlichen Organisationen.**

**Wir Konditoren werden einmal aufhören, national zu sein und für das Kampfen, was uns Bedürfnis ist!** Viele energische Drohung steht im „Zerchhaal“ einer bürgerlichen Hamburger Zeitung ein „Gandis“ zeichnender Kollege aus. Wir fürchten aber, daß sie wirkungslos verpuffen wird; denn es fällt den Meistern in der ganzen Welt gar nicht mehr ein, Drohungen der Nationalen noch ernst zu nehmen. In Hamburg beschäftigen sich nämlich jetzt die gesetzgebenden Gewalten mit einer Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, und der optimistische „Gandis“ hatte in seinem süßen Gemüt erwartet, man werde bei der Gelegenheit auch der geplagten Backstubenklaven im weißen Dres gedanken. Da dies nicht in Erscheinung trat hat er folgenden Zerchhaal-artikel losgelassen:

**Sonntagsruhe für Konditorgehilfen.**  
Augenblicklich ist man dabei, den kaufmännischen Angestellten einen angenehmen Sonntag zu verschaffen, indem man die Bureauxzeit auf drei Stunden verkürzen will. Auch die Lehrlinge der Gewerbeschule wollen viele von dem Sonntagschulzwang befreien. Bravo! Es sind dieses Leute, welche nicht genug gelobt werden können. Aber gleiches Recht für alle. Die Behörde sollte sich auch einmal der Leute annehmen, die des Sonntags von 5 bis 12 Uhr mittags und länger in heißer und schlechter Luft und noch dazu im Gelock arbeiten müssen, ohne dafür eine Entschädigung respektive einen freien Tag in der Woche zu bekommen. Es ist nicht zu verlangen, daß wir Konditorgehilfen, namentlich die in Bäckereien arbeitenden, wenn wir des Sonnabends morgens um 5 Uhr angefangen und bis abends um 9 Uhr gearbeitet haben, wieder des Sonntags um 5 Uhr und dann bis mittags arbeiten







und wird nur gezahlt, wenn der Tod nach Ablauf einer Karenzzeit von einem Jahr in den nächsten zehn Jahren eintritt; im ersten Versicherungsjahre werden nur die eingezahlten Prämien zurückgezahlt.

Risiko- und Sparversicherung ergänzen sich gegenseitig. Durch die Einzahlungen auf Sparversicherung steigt die Gesamtversicherungssumme trotz der zehnprozentigen Herabsetzung der Risikoversicherungssumme.

Vom versicherungstechnischen Standpunkte kann diese Kombination allen Versicherungsnehmern nur dringend empfohlen werden; sie ist mit so geringen Unkosten belastet, daß sich eine günstigere Art von Versicherung nicht denken läßt.

Bzüglich des Aufbaues der Versicherungstarife ist die Verbindung von Risiko- und Sparversicherung die Hauptreform der Volkssicherung; eine völlige Umgestaltung des Volkssicherungssystems hat die Volkssicherung durch ihre Versicherungsbedingungen geschaffen.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Der Buchbinderverband im Jahre 1912.** Der Jahresbericht des Buchbinderverbandes kann wieder mit Genugtuung recht günstige Fortschritte für das Jahr 1912 konstatieren. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt um 2794 und betrug am Jahresende 16 717 männliche und 16 711 weibliche, also zusammen 33 428 Mitglieder. Berücksichtigt muß dabei werden, daß die eigentliche Buchbinderbranche gut organisiert und daher innerhalb dieser nicht mehr allzuviel, besonders in den Hauptzentren des Gewerbes, organisiert werden kann. Desto intensiver wird die Agitation in den Zweigbranchen mit Erfolg betrieben. Das trifft nicht zum wenigsten für die Kartonnagebranche zu, in der fast 8000 Organisierte gezählt werden, obgleich die Agitation hier wegen der großen Zahl Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter sehr schwierig ist, und obgleich der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes noch vor einigen Jahren meinte, er würde sein ganzes Ich daran setzen, daß kein Mitglied des Buchbinderverbandes bei seinen Verbandsmitgliedern beschäftigt würde.

Unter den weiblichen Berufsangehörigen hat der Buchbinderverband von Jahr zu Jahr größeren Anhang gewonnen, so daß er zweifellos zu den Organisationen gehört, die in der Arbeiterinnenorganisation am erfolgreichsten tätig sind. Männliche und weibliche Mitglieder halten sich in der Zahl jetzt fast die Waage, während am Schlusse des Jahres 1911 noch der Unterschied zugunsten der männlichen Mitglieder 1145 betrug.

In Lohnbewegungen war der Verband wie in früheren Jahren sehr rührig. Es fanden insgesamt 76 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen in 48 Orten in 790 Betrieben mit 11 286 Beschäftigten statt, wovon 14 Angriffstreiks, 4 Abwehrstreiks und 4 Aussperrungen waren, an denen 825 männliche und 1929 weibliche Mitglieder beteiligt waren. Man sieht daraus, wie stark das weibliche Element an den wirtschaftlichen Kämpfen im Buchbindergewerbe beteiligt ist. Am Schlusse des Jahres bestanden 130 Tarifverträge für 2169 Betriebe mit 33 108 Beschäftigten. Der kollektive Arbeitsvertrag ist im Buchbindergewerbe sehr verbreitet und unausfallsam im Vormarsch begriffen, denn Ende 1909 wurden nur 82 Tarife für 1674 Betriebe mit 20 982 Beschäftigten gezahlt.

Der Verband hat fast alle Unterstützungsanstaltungen der modernen Gewerkschaften eingeführt und verausgabte für diese 1912 inklusive der Lohnbewegungen aller Art insgesamt M. 252 107. Das gesamte Vermögen des Verbandes betrug am Jahreschlusse M. 1 135 076.

**Der Zentralverband der Glasarbeiter im Jahre 1912.** Das abgelaufene Geschäftsjahr war für den Verband ein ziemlich gutes, wie doch die Mitgliederzahl von 17 853 auf 20 097; das ist der höchste Mitgliederstand seit Gründung der Organisation. Die Gesamteinnahme betrug M. 484 429. An Unterstützungen wurden gezahlt: für Streikende und Gemeindefälle M. 121 894, für Arbeitslose M. 52 586, für Kranke M. 28 194. Trotz beträchtlicher Ausgaben stieg das Verbandsvermögen um M. 102 551 auf M. 279 797. Befriedigend ist der Vermögensstand jedoch nicht. Den Glasarbeitern steht ein sehr kapitalreiches Unternehmertum gegenüber, das schon aus eigener Kraft lange Kämpfe führen kann. Dazu kommt noch, daß die Unternehmer sehr gut organisiert sind; nur ganz wenige Unternehmer stehen ihrer Organisation fern.

Am Berichtsjahr fanden sechs Angriffstreiks, acht Abwehrstreiks und vier Aussperrungen statt. Außer diesen Kämpfen wurden 39 Lohnbewegungen ohne Arbeits Einstellung und fünf Abwehrbewegungen geführt. Auch Tarifverträge fanden allmählich Eingang in diese Industrie. Abgeschlossen wurden 22 Tarife für 38 Betriebe mit 1897 Beschäftigten; von den noch bestehenden Tarifen sind 45 Tarife für 340 Betriebe indirekt mit 3352 Beschäftigten in Geltung.

War die Organisation somit durch die organisatorische Selbsthilfe erfolgreich tätig, so blieb ihr der Erfolg dort verlagert, wo die Gesetzgebung in Frage kommt. Vermutlich gehören die Glashütten zu denjenigen Betrieben, in denen Jugendliche von 14 Jahren bereits des Nachts arbeiten dürfen. Diese bundesrätlichen Ausnahmestimmungen waren 1912 abgelaufen und wurden demnach bis zum 1. April 1913 verlängert. Die Organisation hat in der Zwischenzeit alles getan, um der Regierung und dem Parlament klarzumachen, daß es dringend notwendig ist, der Jugend in den Glashütten größeren Schutz angedeihen zu lassen und wenigstens die Nacharbeit zu verbieten für Jugendliche unter 16 Jahren. Es wurden vom Verbande Erhebungen veranstaltet, die, in einer Broschüre veröffentlicht, die volle Halle von Ausbeutung Jugendlicher feststellten. Doch die Bemühungen der Arbeiter waren vergeblich. Die Regierung gab dem Drängen der Unternehmer nach; es bleibt auch in Zukunft alles beim alten. Verbieten wurde die Nacharbeit in jugendlicher in den Weißglas- und Flacoglashütten, wo es aber schon jetzt fast keine Nacharbeit mehr gibt. Die Regierung kann mit dieser Bestimmung offene Türen ein. Wenn irgendwo noch Betriebe mit Beschäftigung in dieser Industrie vorhanden sind, dann hat die Behörde das Recht, diesen Beschäftigten zu genehmigen. Die Glasarbeiter können daraus lernen, daß nur durch die Organisation eine Besserung ihrer Arbeits- und Berufsverhältnisse erzielt werden kann.

(18) Eine internationale Verbindung der Fleischerorganisationen. Der Zentralverband der Fleischer Deutsch-

lands hatte zu seinem Verbandstage in Dresden (April 1913) auch die Fleischerorganisationen der außerdeutschen Länder eingeladen, um einem lang gehegten Wunsche, auch für die Fleischer eine internationale Verbindung zu schaffen, nachzukommen.

Vertreten waren auf dieser Tagung Deutschland mit 6500 Mitgliedern, Ungarn mit 2600, Dänemark mit 2400, Oesterreich mit 1800, Schweden mit 400 und Norwegen mit 250 Mitgliedern. Es wurde eine internationale Uebereinkunft abgeschlossen, welche zunächst die Schaffung einer internationalen Zentralstelle vorsieht, die ihren Sitz in Berlin hat. (Adresse: Berlin SO. 33, Muskaustraße 28, 2. St.) Ferner fand eine Regelung betrefis der Uebertrittsbedingungen und Unterstützungsfragen statt. Auch darüber, welche Verpflichtungen die angeschlossenen Organisationen bei Ausbruch eines Kampfes zu übernehmen haben, wurde eine Verständigung erzielt.

Beschlossen wurde noch, 1914 eine internationale Konferenz in Wien abzuhalten und soll auch versucht werden, die noch ausstehenden Länder zum Anschluß zu bewegen.

(19) Die norwegischen Gewerkschaften im Jahre 1912. Der Jahresbericht der gewerkschaftlichen Landeszentrale Norwegens ergibt für das verlossene Jahr eine Mitgliederzunahme von 7714, so daß die Mitgliederzahl jetzt 60 829 beträgt. Für Arbeitslosenunterstützung sind von 14 Zentralverbänden der Arbeiter diese Unterstützungsform noch nicht eingeführt. Den höchsten Betrag für diese Zwecke zahlten die Metallarbeiter mit Kr. 74 449, fodann die Holzarbeiter mit Kr. 24 686 und die Buchdrucker mit Kr. 13 876. An Krankenunterstützung zahlten zwölf Verbände insgesamt Kr. 483 590. Auch hier stehen die Metallarbeiter an der Spitze mit Kr. 313 899, darauf folgen die Buchdrucker mit Kr. 68 126, die Holzarbeiter mit Kr. 19 691, die Modellstecher mit Kr. 13 360 usw. Für Streiks und Aussperrungen wurden an Unterstützungen Kr. 469 941 ausgezahlt, wozu Kr. 46 799 andere Ausgaben kommen. An Sterbegeld und für andere Versicherungseinrichtungen sind Kr. 131 043 verausgabt worden und für Invalidenunterstützung usw. Kr. 12 033. Die

**Spätestens am 21. Juni  
ist der 26. Wochenbeitrag für 1913  
(22. bis 28. Juni) fällig.**

Gesamtausgaben betragen Kr. 1 611 774. Dieser Ausgabe-summe steht ein Einnahmeposten von Kr. 2 002 314 gegenüber. Das Vermögen der Gewerkschaften stieg im Berichtsjahre von 1,3 auf 1,7 Millionen.

(20) Ein Nahrungsmittelindustrie-Verband in Australien. Alle Gewerkschafter der Nahrungsmittelindustrie im Staate Victoria, einschließlich Bäcker, Konditoren, Schlächter, Speisewarengehilfen, Hotel- und Restaurationangestellte usw. haben sich zu einem Industrieverbande zusammengeschlossen.

### Politische Rundschau.

**Aus dem Reichstag.** Am 10. Juni begann der Reichstag die Beratung der Wehrvorlage. Am Tage zuvor gaben die Abgeordneten Spahn für das Zentrum und Behar für die Konservativen die Erklärungen ab, daß ihre Parteien auf dem Grundsatz stehen und beharren: „keine Ausgaben ohne Deckung“. Ob sie aushalten oder umfallen, ist eine andere Frage. Als erster Redner sprach der Sozialdemokrat Roske. In vier-einhalb Stunden behandelte er in sehr gut zusammengestellter Rede die gesamte gegenwärtige Lage. Er deckte nochmals die Stimmungsmache der Rüstungsfabrikanten auf, zeigte, wie bei uns auch eine Korruption einsetzt, erwähnte den Fall Redl, die Spionageaffäre in Oesterreich, den Fall Krawo usw. Dann ging er mit dem Kriegsminister scharf ins Gericht, weil derselbe sich erlaube, die Militärverbote damit zu begründen, daß er meine, Soldaten haben in Wirtschaften, wo freigewerkschaftliche oder sozialdemokratische Agitation getrieben wird ebenfalls Zutritt wie in den Kneipen, in denen Jubälter und Dinnen verkehren. Roske verwarf sich im Namen der Partei und der organisierten Arbeiter gegen eine derartige Kombination.

Ein Sturm der Entrüstung ging durch das Haus, als der Kriegsminister seinen Ausbruch zu bemänteln suchte. Er konnte sich aber nur lächerlich machen; denn es bleibt Wahrheit, daß er schon so oft seine militärische Macht dazu benutzt hat, in ganz gesetz- und verfassungswidriger Weise Anders-gesinnten Rechte zu nehmen und Nachteile zuzufügen. Den Höhepunkt seiner Rede hatte Roske erreicht, als er hervorhob, daß man wohl an Vaterlandsliebe, Treue zum König, Opfermut usw. appelliere und daß man dem Volke wiederum viele Millionen entziehen, ungeheure Lasten aufbürden wolle, daß aber ein schon öfter gegebenes Königswort über die Wahlreform in Preußen noch nicht eingelöst sei. In scharfer Weise kritisierte Roske auch die Tatsache, daß Mitglieder des Reichstags sich an Unternehmungen beteiligen, die sich mit dem Mandat eines Volksvertreters deshalb nicht vertragen, weil in ganz offen ausgeschwobener Absicht mit dem Reiche ein einträgliches Geschäft gemacht werden soll und einflußreiche Persönlichkeiten dem Unternehmen die größte Sympathie entgegenbringen. Die Rede Roskes war eine Leistung, die den ersten Tag der Wehrvorlage zu einem großen Tag machte.

Am andern Tage kamen lauter bürgerliche Vertreter zum Worte. Alle sprachen sich für die Wehrvorlage aus. Erzberger vom Zentrum sprach sich für sie aus, sobald auch die Deckungsfrage geregelt sei. Semler von den National-liberalen geht weiter und ist für die Vorlage, wenn die Deckung auch erst später erfolgt. Hans Eddler zu Pulkau ist für die Vorlage, will aber mehr Kavallerie. Selbstverständlich versucht er auch, den Sozialdemokraten Viehe zu verzeihen. Selbst seine Parteifreunde kommen in Verlegenheit, als Pulkis meint, die Wehrvorlage habe den idealen Zweck zu erfüllen, die Sozialdemokraten zu bekämpfen; die Erziehung beim Militär bringe Begeisterung fürs Vaterland und Unabhängigkeit zum Herrscherhaus. Pulkis weiß allem Anscheine nach

nicht, daß der größte Teil aller Militärpflichtigen Söhne des arbeitenden Volkes sind und ein großer Prozentsatz aus Familien stammen, deren Vorstand einen Sozialdemokraten wählt.

Vimperl Wichtig, der Dr. Müller-Meinungen, kritisiert den Reichskanzler, die Heeresvorlage, bekämpft die Sozialdemokraten und — stimmt schließlich zu.

Der Reichskanzler präzisiert darauf seine Aufgabe dahin: Vor allem sei er verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der Treue zu Kaiser und Reich und der strengsten durchgeführten Disziplin Sorge zu tragen. Er — mit Zustimmung der verbündeten Regierungen — betrachtet die Durchführung der Wehrvorlage zurzeit als oberstes Gesetz und schreckt vor keinen Konsequenzen zurück. (Braucht man Schiffe, ist England der Feind, Kanonen und Landheer, so ist Frankreich und Rußland die Ursache. D. B.) Zu dem angegebenen Termin will der Reichskanzler seine Wehrvorlage haben.

Die bürgerlichen Parteien — voran Baffermann, Spahn, Bestatz — werden unter den unsichtbaren Einflüssen des Herrn Reichskanzlers und seiner Agenten sowie unter den Schmeichelworten der Interessenten schon einen „gangbaren, gerechten“ Weg finden, zum Heile der Krone, zur Freude des Vaterlandes.

Der Kriegsminister v. Heeringen verteidigte die Militärverwaltung gegen die Angriffe über ihre Verbindung mit den Maschinen. Kein Mitglied der neuen Gründung sei an die Behörde herangetreten. Die heimische Militär-intendantur habe sich bewährt; auch das Expeditionskörpers in Südwestafrika habe großes geleistet. Man müsse die dortigen Verhältnisse im Auge behalten. Die Waren wären dort freilich zu recht hohen Preisen verkauft worden. Darauf verteidigte er den Drill, die Todesmarche während der Manöver bei Arns und gibt der ungünstigen Witterung die Schuld. Die Leute waren nur leicht erkrankt und per Wagen nach Arns gebracht. Erst vor dem Bezug des Quartiers starben fünf Mann. — Sonst alles in Ordnung. — (Von einer Strafverfolgung der Soldaten wird Abstand genommen. D. B.) Weiter erzählt v. Heeringen, der österreichische Spion Redl habe keine deutschen Pläne verraten können. Der Kaiser wird vom Kriegsminister natürlich in allen seinen Handlungen gedeckt. Das unmittelbare Militärgebäude ruhe in den Händen des Kaisers. Dieser bestimmt in allen Fällen über die Organisation im Innern. Also, der Reichstag darf beziehungsweise muß wohl die Mittel bewilligen, sonst aber hat er nichts zu sagen. Der Kriegsminister hoffte, daß die Majorität des Hauses die gestrichenen drei Kavallerie-regimenter wiederherstellen werde. Das war seine dringendste Bitte.

Lebebour (Soz.) wendet sich gegen den Reichskanzler. Der Herr Reichskanzler hat die Freisinnigen tiefer eingeschätzt als ich, sonst könnte er nicht glauben, daß diese umfallen und alles bewilligen. Will der Herr Reichskanzler nicht den Versuch machen, den Reichstag aufzulösen und die Wehrfrage durch das Volk entscheiden lassen? Wir würden uns freuen. Lebebour rechnet darauf mit den Hurrapatrioten ab, kritisiert und geißelt die bürgerlichen Parteien und begründet die Friedensbestrebungen anderer Nationen mit dem Wunsche, daß auch bei uns endlich die Vernunft siege und einer Ver-nünftigung Raum gemacht wird. Zur Sache reden noch viele Mitglieder.

### Allgemeine Rundschau.

Das Endergebnis der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause ist so ausgefallen, wie nach den Wahlergebnissen zu erwarten gewesen ist. Ein großer Mandats-erfolg der Sozialdemokratie ist ja bei dem „elendesten aller Wahlsysteme“ überhaupt ausgeschlossen, und wenn trotzdem die Beteiligung und das Interesse des arbeitenden Volkes an diesen Wahlen so intensiv war, so beweist dies nur die hohe Reife der politischen Erkenntnis und der Disziplin der Massen. Konservativen und Freikonservativen konnten aber nur 15 Sitze abgenommen werden. Davon erhielten die Sozialdemokraten vier, die Fortschrittler drei und die National-liberalen acht Sitze. Eine Verständigung der Sozialdemokraten mit den Fortschrittler über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Reaktionsäre ist zwar noch in den Stichwahlen erreicht worden, aber trotzdem wurden in einigen Wahlkreisen den Kandidaten der Rechten die Mandate durch Schuld der Fort-schrittler in die Hände gespielt. Im allgemeinen hat sich also die Niedertracht des öffentlichen und nach Klassen ab-gefaßten Wahlsystems wieder einmal „glänzend“ bewährt. Aber diese Tatsache wirkt heute nur immer aufreizender auf die Massen und diese werden sich eines Tages dennoch die ihnen vorenthalten Rechte erobern.

### Für die Arbeiterinnen.

**Unterricht in Säuglingschuh.** In der „Zeitschrift für Säuglingschuh“ fordert Dr. L. Langstein die Heran-ziehung der weiblichen Jugend zum Säuglingschuh. Die Volksschule müsse den Unterricht in Säuglingschuh in ihren Plan aufnehmen. Den Schulmädchen solle alles beigebracht werden, was mit der Kleidung, Bettung, Ernährung und Körperpflege des kleinen Kindes zusammenhängt. Dieser Unterricht befähige die älteren Geschwister, bei Abwesenheit der Mutter die kleinen Kinder, besonders die Säuglinge, verständigvoll zu pflegen. Der Gedanke ist gewis richtig, nur bleibt man bei der Ausführung dieser Art des Säug-lingsschuhes auf halbem Wege stehen. Der Unterricht allein tut's nicht. Er ersetzt nicht die erforderlichen lustigen, sonnigen Räume, die gute, frische Luft, ausreichende Wärme und einwandfreie Nahrung, die dem Säugling des Arbeiter-standes so oft mangeln. Erst dann, wenn das alles den Säuglingen zur Verfügung gestellt wird, hat man wirklich etwas für den Säuglingschuh getan; mit der Theorie allein geht's da nicht vorwärts.

**Anstellung über Ausstellug für die Frauen.** Nach-dem wir nun im vergangenen Jahre mit der Ausstellung „Die Frau im Haus und Beruf“, im vergangenen Monat mit der Ausstellung „Das Kind“ beglückt wurden, ist für den Oktober 1913 wiederum eine Ausstellung solcher Art ge-plant. Sie nennt sich „Im Reiche der Hausfrau und Mutter“. Veranstalterinnen sind die Mütterkonferenz, der erste deutche Mütterbund und der Berliner Hausfrauenverein. Die Aus-



